



Brüssel, den 5. Juli 2018  
(OR. en)

10468/18

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2017/0205 (NLE)**

---

SOC 439  
EMPL 359  
ECOFIN 666  
EDUC 268

### I/A-PUNKT-VERMERK

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	10088/18
Nr. Komm.dok.:	14805/17
Betr.:	Proposal for a Council Decision on guidelines for the employment policies of the Member States - Adoption

---

1. Die Kommission hat am 22. November 2017 einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten vorgelegt, der sich auf Artikel 148 Absatz 2 AEUV stützt.
2. Diese Leitlinien wurden im Jahr 2010 erstmals zusammen als integriertes Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Strategie Europa 2020 angenommen. Mit den 2015 vorgeschlagenen integrierten Leitlinien sollte dem neuen wirtschaftspolitischen Konzept, das, wie im Jahreswachstumsbericht dargelegt, auf Investitionen, Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Fiskalpolitik beruht, Rechnung getragen werden. Seit der 2015 vorgenommenen Überarbeitung sind die beschäftigungspolitischen Leitlinien unverändert beibehalten worden. Jetzt werden sie geändert, um sie an die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte anzupassen.
4. Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 22./23. März 2018 die Beschäftigungslage in der Union geprüft und diesbezügliche Schlussfolgerungen angenommen.

5. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme auf der Plenartagung vom 14./15. Mai 2018 angenommen. Der Ausschuss der Regionen hat beschlossen, keine Stellungnahme abzugeben.
6. Der Beschäftigungsausschuss hat dem Rat seine Stellungnahme zu den beschäftigungs-politischen Leitlinien, einschließlich des Beitrags des Ausschusses für Sozialschutz zu den sozialpolitischen Aspekten der Leitlinien, übermittelt. Beide Ausschüsse haben bei ihren Beratungen die Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die auf der Plenartagung vom 16.-19. April 2018 angenommen worden war, gebührend berücksichtigt.
7. Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz ) hat auf seiner Tagung vom 21. Juni 2018 eine politische Einigung über den Vorschlag (Dok. 10088/18) erzielt.
9. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter ersucht den Rat, den Entwurf eines Beschlusses in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung (Dok. 10464/18) auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt anzunehmen.

---